Ökosozialisten vs. Undogmatische Linke: Christian Schmidt und Ludger Volmer auf dem Perspektiv-Kongress 1988 der GRÜNEN

Christian Schmidt: [...] Zweitens will ich sagen: Wir haben auch hier immer noch den Fehler gemacht, in allererster Linie die interne Krise der GRÜNEN zu diskutieren, das ist ein notwendiger Prozess, weil es um inhaltlichen Streit geht, der ausgetragen werden muss. Wir sollten nur bei diesen Diskussionen uns einen Moment der Fiktion unterziehen, es gäbe gar keinen innergrünen Streit, es gäbe keinen Flügel und keine Strömung. Es gäbe also nur noch die eine ideelle Gesamt-Grüne. Auch dann müssten wir über die Krise der GRÜNEN reden. Und dieser Aspekt ist zu kurz gekommen, und dieser Aspekt ist zu konkretisieren, dahingehend, dass unser Problem ist, dass wir vor 8 Jahren etwa angetreten sind als Wahlbewegung, um über die Parlamente ein Stück Realität zu verändern. Und dass dieses so jämmerlich wenige Ergebnisse gezeitigt hat in all dieser Zeit. Und das ist nicht das Problem nur auf Bundesebene, sondern wenn wir ehrlich sind, führen wir diese Debatte in jedem Gemeindeparlament und in jedem Ortsverband, weil das da genauso ist. Wir haben auf Bundesebene es nicht geschafft, weder in Hamburg noch in Hessen, die AKWs abzuschalten, wir haben die Mittelstreckenraketen weder wegverhandelt noch sonst weggebracht; und wir haben es auf kommunaler Ebene auch oft nicht durchsetzen können, dass die Umgehungsstraße doch gebaut wird, die Müllverbrennungsanlage, oder was immer an Sauereien dort passiert ist. Und wir teilen dieses Misserfolgserlebnis im übrigen mit unserer WählerInnenschaft, die auch mit einer ganz anderen Euphorie an die Wahlbewegung rangegangen sind als StimmengeberInnen, als das heute der Fall ist. Viele sind wieder zurückgekehrt zur kleinen sozialdemokratischen Münze oder schleppen sich mit Mühe zur Wahl oder bleiben zuhause. Weil die Veränderungsmöglichkeiten offensichtlich viel kleiner sind, als bei Wahlen immer gehofft und als DIE GRÜNEN bei ihrer Gründung auch gehofft haben.

Ludger Volmer: [...] Sechs Punkte möchte ich zur Diskussion stellen. Erstens: Ich habe den Eindruck, dass die Partei keine Lust hat, sich in die Differenz hineintreiben zu lassen, in die Dichotomie hineintreiben zu lassen von Reform und Revolution. Die allermeisten hier sind der Ansicht, dass Reformschritte, Reförmchen erheblich zu kurz greifen, und dass Revolutionen in Westeuropa nicht mehr stattfinden werden. Rebellion, der Ersatzbegriff, der manchmal genutzt wird, wird auch nicht glücklich machen. Im Begriff der Rebellion, wie Peter Brückner schon sagte, ist ihr Scheitern inbegriffen. Ich schlage einen anderen Begriff vor, den Begriff der Transformation, d.h. die gesellschaftlichen Umwandlungs- und Umwälzungsprozesse auf allen Ebenen vorzunehmen, auf der Straße, in den Betrieben, aber auch durch sämtliche Institutionen hindurch, wobei die Institutionen ihre Form verändern bis hin zu ihrer Auflösung. Ich glaube, an diesem Begriff der Transformation sollten wir weiterarbeiten. Zweitens: Politische Macht – und wir wollen politische Macht – beruht immer auf Interessen, unsere Interessenträger sind in erster Linie die sozialen Bewegungen, die Bürgerinitiativen, die Projektgruppen, aus denen heraus wir auch geboren wurden. Aber wir können uns nicht abhängig

Abb. 8: Bundesvorstandssprecher Christian Schmidt, ca. 1985.

Abb. 9: MdB Ludger Volmer, ca. 1987.

machen von der Konjunktur der sozialen Bewegung. Wir dürfen es nicht zulassen, in dem Moment, wo die sozialen Bewegungen eine Flaute haben, dass wir da in Resignation verfallen; und dass wir in einer Art Konjunkturrittertum dann wieder neu entstehen, wenn auch bei den Bewegungen neuer Aufschwung kommt. Wenn wir nicht getrieben werden von sozialen Bewegungen, dann müssen wir selber treiben, und wir müssen schauen, wo wir treibend eingreifen können. Es gibt andere außerparlamentarische Zusammenhänge noch, etwa die ganzen klassischen Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, Sozial-, Frauen-, Umweltverbände. Wenn wir dort intensiver mitarbeiten, können wir unsere Ideen auch durch diese Institutionen hindurch vermitteln, solange nicht von unten ein neuer Schwung da ist, der uns selber auch weitertreibt.

Quelle: Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): *Perspektiv-Kongress vom 17.-19. Juni 1988 in Bonn-Bad Godesberg. Teil 1: Auftakt-, Zwischen- und Abschlussplenum*, Bonn 1988, S. 54 und S. 58f; kleinere Korrekturen anhand des Veranstaltungsmitschnitts (Archiv Grünes Gedächtnis, TK-354/1 und 2). Die Passagen von Christian Schmidt und Ludger Volmer sind dem Abschlussplenum entnommen.

Kommentar

von Christoph Becker-Schaum

Der Perspektiv-Kongress der Grünen im Bonner Stadtteil Bad Godesberg vom 17. bis 19. Juni 1988 war ein offener Debatten-Kongress – d.h. keine Delegierten und keine Abstimmungen – mit ca. 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Zu diesem Kongress war in einer Situation geladen worden, in der der schon seit Jahren ausgefochtene Richtungsstreit zwischen gemäßigten und radikalen Grünen, meist als „Realos" und „Fundis" apostrophiert, seit der Bundestagswahl und der Wahl zum Bundesvorstand der Partei im Vorjahr eskaliert war. Dem radikalen Parteivorstand stand eine überwiegend gemäßigte Bundestagsfraktion gegenüber. Ein Viertel der 44-köpfigen zweiten Bundestagsfraktion war bereits Mitglied der ersten Fraktion gewesen. Unter denen, die zum zweiten Mal in den Bundestag gewählt waren, befand sich auch Ludger Volmer. 1986 war er einer der drei Fraktionssprecher/innen. Zwar gab es diese gemäßigte Mehrheit in der neuen Bundestagsfraktion, aber sie konnte sich nicht überall durchsetzen. So unterlag gleich zu Beginn der Wahlperiode der Realo Otto Schily bei der Wahl der Fraktionssprecher/innen gegen den Ökosozialisten Thomas Ebermann knapp mit 20:21. Als bei der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) im Mai 1987 in Duisburg die Wahl des Bundesvorstands anstand, konnte sich der radikale Flügel bei der Besetzung der Sprecherpositionen auf der ganzen Linie durchsetzen. Als Sprecher des Bundesvorstands wurden Jutta Ditfurth, Regina Michalik und Christian Schmidt gewählt. Christian Schmidt war wie Ludger Volmer Nachrücker in der ersten Bundestagsfraktion gewesen und 1985 einer der Fraktionssprecher.

Seitdem sich Bundesvorstand und Fraktion mit entgegengesetzten Positionen im innerparteilichen Richtungsstreit gegenüberstanden, kam es zu heftigen Fehden zwischen den beiden. Dadurch stand die Handlungsfähigkeit der Partei wiederholt auf dem Spiel, und die Drohung der Parteispaltung lag in der Luft. Bereits einen Monat nach der Wahl zum Bundesvorstand beschloss der Bundeshauptausschuss, 1988 einen Strategie-Kongress ohne Beschlusskompetenz durchzuführen. Das ist der Perspektiv-Kongress, um den es hier geht. Im Mai, als der Beschluss gefasst worden war, war der Streit um das „Müttermanifest" noch der Hauptkonfliktpunkt. Im Herbst 1987 kam der Streit um die RAF hinzu. Christa Nickels und Antje Vollmer hatten eine Initiative zur Aufarbeitung des „Deutschen Herbstes" gestartet. Der Bundesvorstand hatte ihre Initiative als ein „Übersoll an deutscher Staatstreue" kritisiert und stattdessen eine Amnestie der „politischen Gefangenen" gefordert. Der nächste Konflikt entstand um die Israel-Reise der Bundestagsabgeordneten Otto Schily, Waltraud Schoppe und Dietrich Wetzel. Einen Höhepunkt erreichte der Streit in der Auseinandersetzung um die Höhe der Mindeststrafe bei Vergewaltigung in der Ehe. Drei Wochen vor dem Perspektiv-Kongress publizierte der Bundesvorstand eine Anzeige in der *Frankfurter Rundschau* mit der Überschrift „Die grüne Bundestagsfraktion vertritt die Parteibasis nicht mehr!"

Während des Kongresses äußerte der überwiegende Teil der Parteibasis seinen Unmut über das Gehabe der „Promis" in der Bundestagsfraktion und über die Flügelkämpfe der Parteiströmungsmatadore in Parteivorstand und Fraktion. Die Strömungen ihrerseits nutzten den Perspektiv-Kongress zu einem Forum der Selbstdarstellung. Das Neue in Bad Godesberg war, dass sich innerhalb der Strö-

mungen Unterströmungen manifestierten. Bad Godesberg war der Ort, wo sich der „Aufbruch 88" und die „Undogmatischen Linken", die später „Linkes Forum" hießen, zum ersten Mal in der Öffentlichkeit präsentierten. Außerdem setzte sich eine Gruppe „Kritische Realos" von der realpolitischen Mehrheit ab.[1] Der Kongress erschien deshalb vielen als eine weitere Steigerung des innerparteilichen Richtungsstreits. Inhaltliche Schwerpunkte des Kongresses waren die aktuelle Auseinandersetzung um das Strafmaß bei der Verfolgung der Vergewaltigung in der Ehe[2] und die seit langem geführte Diskussion um das Für und Wider einer möglichen Regierungsbeteiligung.

Der damalige Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Hubert Kleinert, analysierte den Kongress aus dem Blickwinkel der verlorenen Bundestagswahl von 1990 als Teil der Selbstblockade der Partei. „In den großen steuer- und gesundheitspolitischen Bundestagsdebatten des Jahres 1988, wo es um weitreichende Strukturreformen in zwei zentralen Politikfeldern ging, vermochten es die Grünen kaum, wahrnehmbare eigene Akzente zu setzen." Auch die umweltpolitische Leistungsbilanz der Fraktion sei enttäuschend gewesen.[3] Gegenüber dem Erfordernis, auf der politischen Agenda der Republik mit guten Beiträgen zu glänzen, war der Perspektiv-Kongress in seinen Augen relativ unwichtig. Immerhin, seine Realos, die den Kongress nicht gewollt hatten, hätten sich nicht schlecht verkauft. Zufrieden äußerte sich Jutta Ditfurth in der *Süddeutschen Zeitung*. Der Kongress habe gezeigt, dass die Partei viel radikaler sei, als man glauben könnte, wenn man sich nur an die Medienresonanz der Realos halte.[4]

Die Ausdifferenzierung der Parteiströmungen ist der Gesichtspunkt, aus dem die politikwissenschaftliche Forschung den Perspektiv-Kongress überwiegend analysiert hat. E. Gene Frankland und Donald Schoonmaker haben wie Hubert Kleinert die strömungsbedingte Selbstblockade der Grünen im Auge, wenn sie die Perspektive der neuen Unterströmungen übernehmen. Sie schreiben über das Selbstverständnis der „Undogmatischen Linken": „From their viewpoint, the Realos and Fundis shared equal blame for the Greens' inability after the mid-1980s to regain the political initiative on major policy issues."[5] Antje Vollmer, Christa Nickels und Ralf Fücks, die bekanntesten Vertreter des „Aufbruchs 88", betonten den strömungsüberwindenden Anspruch des Aufbruchs noch entschiedener. Der „Aufbruch 88" sollte explizit keine neue Strömung sein. Das verhinderte allerdings nicht, dass die strömungspolitisch gelagerte Partei die neuen Manifest-Initiativen[6] sofort als neue Strömungen absorbierte.

1 Vgl. Joachim Raschke: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 910-915 (Chronologie).
2 Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): *Perspektiv-Kongress vom 17.-19. Juni 1988 in Bonn-Bad Godesberg. Teil 2: Diskussion über § 177/178 StGB*, Bonn 1988.
3 Hubert Kleinert: *Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei*, Bonn 1992, S. 94.
4 Vgl. ebd., S. 93.
5 E. Gene Frankland und Donald Schoonmaker: *Between Protest and Power. The Green Party in Germany*, Boulder u.a. 1992, S. 140.
6 Im Vorfeld des Kongresses waren die einzelnen Parteiströmungen aufgefordert worden, ihre Positionen als Manifest einzureichen. Daran haben sich aber nicht alle gehalten. Die eingereichten Manifeste wurden in der Wochenzeitung *Die Grünen* veröffentlicht.

Thomas Poguntke bezeichnete die Gewaltfrage und das staatliche Gewaltmonopol einerseits und die Koalitionsfrage andererseits als die beiden Hauptpunkte des Strömungsstreits.[7] Sie sind Fortpflanzungen der Ursprungssituation der Grünen, als die SPD regierende Partei war und Helmut Schmidt als Bundeskanzler für die forcierte Atomenergiepolitik und den NATO-Doppelbeschluss verantwortlich zeichnete. Während der maximalen Eskalation des Terrorismus 1976/77 hielt Schmidt an einer kompromisslosen Politik gegen RAF und RAF-Sympathisanten – und wen er dafür hielt – fest. Ein zweiter Grund für die fortdauernde Gewaltfrage war, dass die Strategie der Bauplatzbesetzung, die an sich 1977 in Brokdorf und Grohnde und danach beim Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens sichtbar gescheitert war, bei den Auseinandersetzungen um die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf wiederaufgelebt war. Ferner waren die Solidaritätsgruppen mit Mittelamerika und Südafrika mit der permanenten Gewalt der Bürgerkriege und der Unterstützung der Diktaturen durch die amerikanische und durch europäische Regierungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund konnten die prinzipiellen Einwände gegen jede Regierungszusammenarbeit mit der SPD nicht verstummen.

In der Frage des Gewaltmonopols des Staates vertraten die Realos, insbesondere Otto Schily, eine unmissverständliche Position. Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols war für sie eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem wurde in der Bundestagsfraktion eine heiße Diskussion darüber geführt, bei der nicht weniger als der Fortbestand der Fraktion auf dem Spiel stand. Deshalb war Otto Schily über die Initiative von Antje Vollmer und Christa Nickels, dass Staat und Gesellschaft den Deutschen Herbst 1977, d.h. den Terrorismus der RAF einschließlich seiner Ursachen und der staatlichen Bekämpfung des Terrorismus, historisch aufarbeiten müssten, mehr als irritiert. Otto Schily sah hierin eine Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols. Der „Aufbruch 88" betonte außerdem deutlich stärker als die Realos die Ökologie als den Leitbegriff grüner Politik.

Die beiden oben abgedruckten Redeauszüge von Christian Schmidt und Ludger Volmer dokumentieren die Unterschiede innerhalb des radikalen Lagers. Die Parteilinke bestand seit dem Perspektiv-Kongress aus drei Formationen: der vergleichsweise kleinen Gruppe der „Radikalökologen" um Jutta Ditfurth, den „Ökosozialisten" um die Hamburger Thomas Ebermann, Christian Schmidt und Rainer Trampert und den „Undogmatischen Linken" um Eckhard Stratmann, Jürgen Reents, Ludger Volmer und Frieder Otto Wolf. Die sachlichen Unterschiede zwischen Schmidt und Volmer waren eklatant. Der Bundesvorstandssprecher Christian Schmidt stellte nicht weniger als die Partei als solche zur Disposition. Die Kernaussage seines Redebeitrags lautete, dass der parlamentarische Weg der Grünen sich als Illusion erwiesen habe. Als Wahlbewegung anzutreten und über die Parlamente Veränderungen zu erreichen, habe zu wenige Ergebnisse gezeitigt. Es lag in der Logik seiner Ausführungen, dass, wenn der bisher auf die Regierung ausgeübte Druck nicht ausreichend gewesen war, eben noch stärkerer Druck ausgeübt werden müsse und dass dieser stärkere Druck von außerhalb des Parlaments kommen müsste. Der Weg, den Schmidt wies, führte in die Zeit vor der Parteigründung in Karlsruhe zurück, gewissermaßen zurück auf die Straße.

7 Thomas Poguntke: *Alternative Politics. The German Green Party*, Edinburgh 1993, S. 102-106.

Ludger Volmer brachte den Begriff der „Transformation" neu ins Spiel und füllte ihn, ohne das auch nur irgendwie zu begründen, mit Inhalten, die Transformation in die Nähe von Rudi Dutschkes „langem Marsch" brachten. Der Verweis auf Peter Brückner tat ein Übriges, und die Auflösung der Institutionen erinnerte fast schon an die Auflösung des Staates. Mit dem so gewonnenen Begriff sicherte Volmer in einem zweiten Argumentationsschritt die nötige Autonomie der Grünen im Zusammenspiel mit den sozialen Bewegungen, als deren Interessenvertreter er die Grünen auch in solchen Situationen sah, in denen sie nicht vom Druck der Bewegungen getragen sein würden. Die Logik von Volmers Ausführungen unterstrich so die Autonomie der parlamentarischen Partei. Insofern waren sie das Gegenteil von dem, was sein Vorredner Schmidt gesagt hatte.

Seit der in Bad Godesberg zutage getretenen Ausdifferenzierung der Strömungen war ausgeschlossen, dass eine einzelne Strömung alle Positionen als Parteisprecher auf sich vereinigen konnte. Keine für sich war stark genug. Die künftigen Parteisprecher wurden aufgrund von Absprachen zwischen den Flügeln gewählt. Das klappte zunächst einmal schlecht, weil zwischen den 1989 in Duisburg neu gewählten Sprechern Ruth Hammerbacher (Realos) und Ralf Fücks (Aufbruch 88) auf der einen Seite und der radikalen Feministin Verena Krieger auf der anderen die Basis zu einer strömungsübergreifenden Zusammenarbeit fehlte. Seitdem funktioniert die Parteiführung auf der Basis der Zusammenarbeit von Realos, Aufbruch 88 und Linkem Forum, während in der Zeit vor und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten diejenigen, die den parlamentarischen Weg der Grünen nicht mitgehen wollten, ausgeschieden sind.